



Das Rheintal – im Bild die Gemeinde Oberriet – ist für den Metroraum Bodensee wichtig.

Bild: Kurt Latzer

«Der Metroraum Bodensee kommt»

Die Regio Appenzell AR-St. Gallen-Bodensee feiert das 10-Jahr-Jubiläum. Geschäftsführer Rolf Geiger wartet mit einer Überraschung auf.

Interview: Christoph Zweili

Die Regio stösst die Zwischenutzung auf dem Lattich-Areal beim Güterbahnhof St. Gallen an, bis die dritte Autobahnröhre kommt. Sie setzt beim Bund und bei den SBB den Vollknoten St. Gallen durch und wirbt erfolgreich für den Bahnausbau und die bessere Erreichbarkeit der Region. Die Regio Bodensee geht unkonventionelle Wege. Mit Erfolg, wie der Blick auf das 10-Jahr-Jubiläum zeigt.

Die Regio Appenzell AR-St. Gallen-Bodensee rühmt sich, das schweizweit erfolgreichste Agglomerationsprogramm auf die Beine gestellt zu haben. So viel Selbstbewusstsein traut man der Ostschweiz gar nicht zu.

Rolf Geiger: Diese Aussage machen wir an der Beurteilung des Bundes fest, der die Agglomera-

tionsprogramme misst. Wir sind trotz grosser Konkurrenz schweizweit die einzigen, die neun von zwölf Wirkungspunkten erhalten haben. Der Bund beteiligt sich an allen Begehren, die wir beantragt haben. Weil unser Programm mit 380 Millionen Franken Gesamtinvestitionen sehr teuer ist, wurde der Mitfinanzierungsgrad bei uns von 40 auf 35 Prozent gesenkt.

Das 10-Jahr-Jubiläum wurde gestern im temporären Lattich-Bau auf dem St. Galler Güterbahnhofareal gefeiert: Welchen Anteil hat die Regio an dieser Zwischenutzung?

Die Regio mit ihrer professionellen Geschäftsstelle ist Initiantin und Bodenbereiterin für diese Zwischennutzung.

Sie selber sind seit der Grundsteinlegung für die

Regio und die Wirtschaft St. Gallen-Bodensee als Geschäftsführer dabei: Wie haben sich die Programmschwerpunkte verschoben? Das Aggloprogramm ist ein we-

«Mit dem Schwerpunkt Landschaft sind wir Vorreiter in der Schweiz.»

Rolf Geiger
Geschäftsführer Regio

sentlicher Teil der Arbeit, das ist konstant geblieben. Aber innerhalb des Programms gibt es Dutzende von Teilprojekten, die sich im Laufe der Zeit gewandelt haben. Siedlungs- und Verkehrsthemen standen anfangs im Fokus. Das tun sie zwar heute immer noch, aber im dritten Aggloprogramm kam neu der Schwerpunkt Landschaft dazu. Damit haben wir gepunktet: Wir waren damit Vorreiter in der Schweiz, weil wir das Landschaftsthema überkommunal vorangetrieben haben.

Das «Raumkonzept Schweiz» diktiert mehr oder weniger die Vergabe von Bundesgeldern: Die Regio sieht sich nun auf dem Weg zu einem Metroraum Bodensee. Bisher war die Idee aber nicht mehrheitsfähig.

Nachdem erste Versuche gescheitert sind, haben wir auf

dem Weg zur Konstituierung in den letzten drei Jahren bottom up, also von unten, einen Prozess geführt. Dieser Prozess war wesentlich von der Wirtschaft getrieben, welche die Vision vom gemeinsamen Metropolitanraum unbedingt umsetzen will. Mit zwei Denkwerkstätten in der Ostschweiz haben wir mit Politikern und Wirtschaftsvertretern ein gemeinsames Verständnis dieses Metrorums erarbeitet, der mit Wil, St. Gallen-Bodensee, Rheintal und Werdenberg-Liechtenstein vier Agglomerationsräume zusammenführt. Das ist ein zusammenhängender Agglomerationsraum mit klaren gemeinsamen Interessen gemäss Definition des Bundes.

Die da wären?

An vorderster Stelle steht die Erreichbarkeit entlang der strategischen Entwicklungsachse

Zürich-St. Gallen-Vorarlberg-München. Von Anfang war klar, dass das grenzüberschreitende Rheintal für diesen Raum sehr wichtig ist. Es gab daher auch eine Denkwerkstatt mit Vorarlberger und mit Rheintaler Akteuren.

Wie ging es weiter?

Die drei Denkwerkstätten mündeten im Entwurf einer Charta. Im vergangenen halben Jahr gab es dazu eine Vernehmlassung bei allen wirtschaftlichen und politischen Träger- und Körperschaften. Das stiess mit einer Ausnahme auf eine positive Resonanz. Darum steht der Konstituierung aktuell nichts mehr im Weg.

Was ist der nächste Schritt?

Die Regio hat das Zepter an den St. Galler Bauchef Marc Mächler übergeben. Der Metroraum Bodensee kommt.

Syna für Würth und Rechsteiner

Wahlen Die Syna-Ostschweiz unterstützt die Ständeratskandidaturen von Paul Rechsteiner (SP) und Benedikt Würth (CVP). Das wurde einstimmig an der Regionalvorstandsstizung beschlossen, wie die Gewerkschaft in einer Medienmitteilung schreibt. «Wir möchten das gemischt-bürgerliche Duo, das sich in den letzten drei Monaten wirklich für den Kanton St. Gallen und vor allem für das Wohl von allen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt hat, weiterhin in Bern sehen», heisst es weiter.

Zudem empfiehlt die Syna-Ostschweiz ihr Mitglied Felix Bischofberger (CSP) aus Thal für den Nationalrat: Dank seinem Weitblick und seinem Gespür wisse Bischofberger, wo der Schuh drückt und wie man mit Einfühlungsvermögen Lösungen findet. (red)

Regeln in 24-Stunden-Pflege lassen auf sich warten

Der Thurgau plant einen eigenen Vertrag für die private Betreuung Betagter. Innerrhoden ist schon weiter.

Als einziger Ostschweizer Kanton hat Innerrhoden neue Regelungen für die 24-Stunden-Pflege geschaffen. Die Arbeitnehmerinnen kommen meist aus Osteuropa. Sie sind Tag und Nacht im Einsatz und pflegen Betagte in der Schweiz. Weil sie direkt von den Familien angestellt werden, gilt das Arbeitsgesetz nicht. Ihre Anstellungen sind über Normalarbeitsverträge für hauswirtschaftliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (NAV) geregelt.

In Innerrhoden steht seit Frühjahr 2018 im NAV: «Muss in der Präsenzzeit regelmässig, ab drei Einsätzen pro Nacht während sieben Arbeitstagen gearbeitet werden, wird die Präsenzzeit vollständig zur Arbeitszeit angerechnet.» Ausserdem

darf der Arbeitgeber die Arbeitnehmer nicht ohne deren Einverständnis zu Nacharbeit heranziehen.

Maria Huber, Regionalsekretärin der Gewerkschaft VPOD Ostschweiz, war an der Vernehmlassung beteiligt. «Innerrhoden hätte die Schutzbestimmungen noch weiter erhöhen können. Doch wir sind froh, dass der Vertrag überhaupt angepasst wurde.» Anders als im Kanton St. Gallen. «Wir finden es daneben, dass der Kanton nichts macht», sagte Huber kürzlich (Ausgabe vom 14. September). Eine Interpellation von SP-Kantonsrätin Bettina Surber zum Thema ist hängig. Der Kantonale Gewerkschaftsbund macht derzeit Druck auf das Volkswirtschaftsdepartement, den NAV

zu überarbeiten. Vorsteher Bruno Damann nennt personelle Engpässe als Grund für die Verzögerung. Spätestens im Frühsommer 2020 soll der überarbeitete NAV in Kraft treten.

Letztes Jahr hatte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) einen Modellvertrag erarbeitet. Er ist nicht verbindlich; der Bund erwartete aber, dass die Kantone ihre Verträge bis diesen Sommer anpassen. Eine Übersicht liegt gemäss Seco in den kommenden Wochen vor.

Wie in St. Gallen wird auch in Ausserrhoden auf fehlende Ressourcen verwiesen. Es sei geplant, nächstes Jahr einen Entwurf auszuarbeiten und das Geschäft 2021 im Kantonsrat zu behandeln. Im Thurgau ist ein eigenständiger NAV für die

24-Stunden-Betreuung geplant. Auch mit Ergänzungen sei der bestehende nicht dazu geeignet, die speziellen Herausforderungen dieser Betreuung zu regeln, sagt Walter Schönholzer, Vorsteher des Departements für Inneres und Volkswirtschaft. Verbindliche Regelungen für Arbeits-, Präsenz und Ruhezeiten sollen die Situation der Care-Migrantinnen verbessern.

Kontrollen sind schwierig durchzuführen

«Wir sehen das Problem weniger in den Verträgen als in den Kontrollen», sagt Daniel Wessner, Leiter des Thurgauer Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Privathaushalte zu kontrollieren, sei sehr schwierig. «Im Grunde braucht es einen Nachbarn, der

uns auf Missstände aufmerksam macht.» Wessner geht davon aus, dass die Dunkelziffer von Frauen, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, hoch ist.

Wie viele Care-Migrantinnen in der Ostschweiz arbeiten, ist nicht erfasst. Innerrhoden geht von weniger als zehn Frauen im Kanton aus, der VPOD schweizweit von 10 000. Elvira Wiegand, Zentralsekretärin VPOD, sagt: «Die private Betreuung daheim wird zunehmen, da es immer mehr ältere Menschen gibt und diese möglichst lange zu Hause leben möchten.» Wir bräuchten in diesem sensiblen Bereich unbedingt professionelle Strukturen und faire Arbeitsbedingungen.

Katharina Brenner